

Gesetz	Gesellschaft	Kurzbezeichnung	Fundstelle
Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)	Verein – rechtsfähiger – nichtrechtsfähiger Gesellschaft bürgerlichen Rechts	– e. V. – BGB-Gesellschaft (= GbR)	§§ 21–53, §§ 55–79 § 54 §§ 705–740
Handelsgesetzbuch (HGB)	– offene Handelsgesellschaft – Kommanditgesellschaft – stille Gesellschaft	OHG KG StG	§§ 105–160 §§ 161–177a §§ 230–237
1. Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 des Rates vom 25. 07. 1985 über die Schaffung einer europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) 2. Gesetz zur Ausführung der EWG-Verordnung über die europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV-Ausführungsgesetz)	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung	EWIV	–
Gesetz über Partnerschaftsgesellschaften Angehöriger freier Berufe (PartGG)	Partnerschaft	–	–
Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG)	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	GmbH	–
Aktiengesetz (AktG)	– Aktiengesellschaft – Kommanditgesellschaft auf Aktien	AG KGaA	§§ 1–277 §§ 278–290
Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (GenG)	Eingetragene Genossenschaft	e. G.	–

Abb. 1: Wichtige Gesellschaftsformen

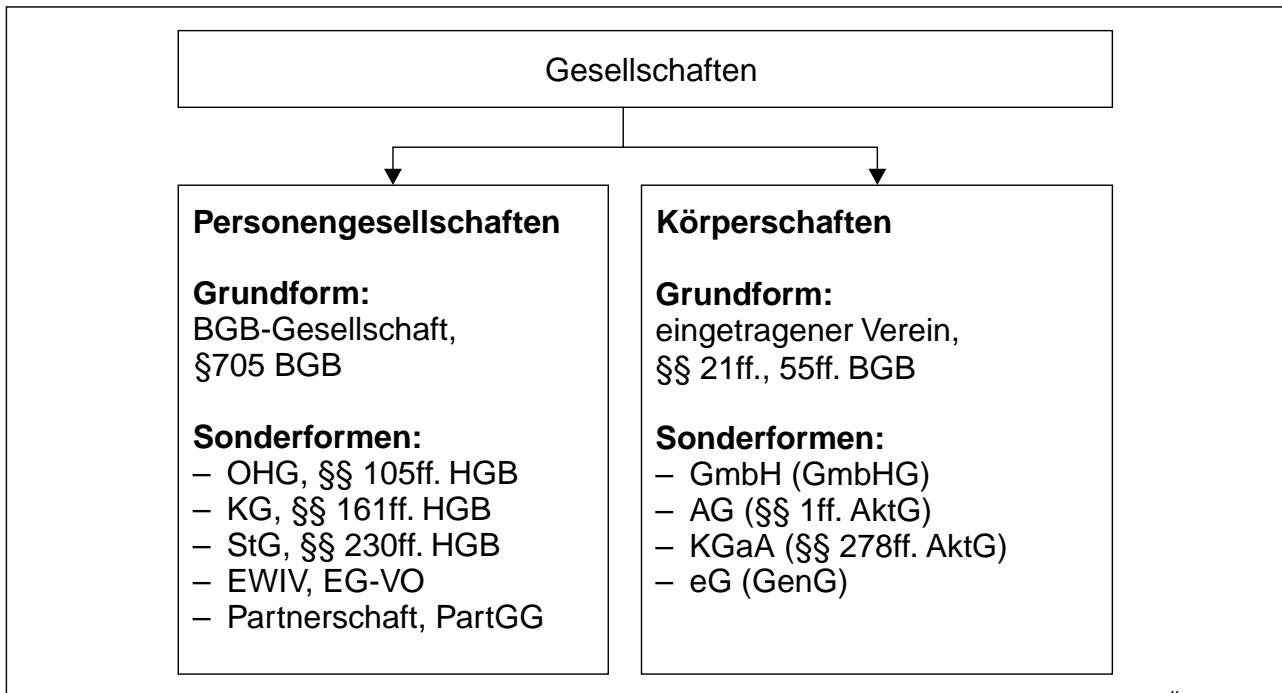
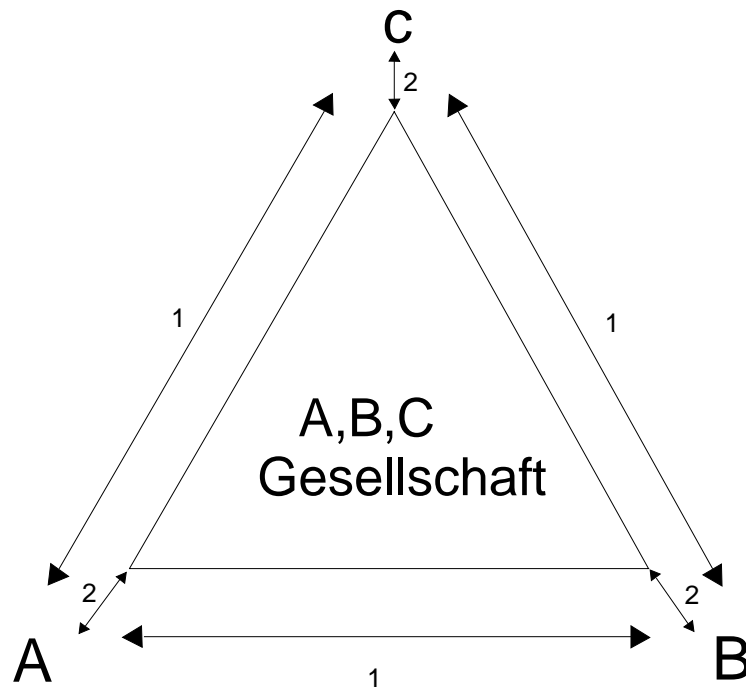


Abb. 2: Die Einteilung der Gesellschaftsformen

	BGB-Gesellschaft	Eingetragener Verein
Rechtsfähigkeit	Problematisch	e. V. ist rechtsfähig (§ 21 BGB)
Entstehung	Abschluss eines Gesellschaftsvertrages (§ 705 BGB)	a) Abschluss eines Gesellschaftsvertrages (Satzung) führt zur Entstehung eines Vorvereins b) Eintragung des Vorvereins in das Vereinsregister führt zur Erlangung der Rechtsfähigkeit
Willensbildung	Grundsätzlich einstimmig (§ 709 Abs. 1 BGB)	Grundsätzlich mehrheitlich (§§ 32 Abs. 1 und 33 Abs. 1 BGB)
Geschäftsführung und Vertretung	Grundsätzlich gemeinschaftlich (§§ 709, 714 BGB)	Durch den Vorstand (§§ 26 Abs. 2, 27 Abs. 3 BGB)
Gesellschaftsvermögen	Gesamthandsvermögen (§ 718 BGB)	Vereinsvermögen
Haftung	a) Immer mit dem Gesamthandsvermögen b) Persönliche Haftung der Gesellschafter bei Vorliegen eines besonderen Verpflichtungsgrundes	Nur mit dem Vereinsvermögen
Organschaft	Zwingend Selbstorganschaft	Fremdorganschaft möglich
Auflösungsgründe	Ausscheiden eines Gesellschafters führt zur Auflösung (§§ 723 Abs. 1 S. 1 und 727 Abs. 1 BGB)	Mitgliederwechsel ist kein Auflösungsgrund (§§ 41 ff. BGB)

Abb. 3: Strukturmerkmale der BGB-Gesellschaft und des eingetragenen Vereins



1. Schuldrechtliche Aspekte des Gesellschaftsvertrages
2. Organisationsrechtliche Aspekte des Gesellschaftsvertrages

Abb. 4: Der Doppelcharakter des Gesellschaftsvertrages

Mitgliedschaft	
Personengesellschaft	Körperschaft
A. Rechte <ul style="list-style-type: none"> – Gewinnbeteiligung – Anteil am Liquidationserlös – Mitspracherecht – Kontrollrecht – Geschäftsführungsbefugnis 	A. Rechte <ul style="list-style-type: none"> – Gewinnbeteiligung – Anteil am Liquidationserlös – Mitspracherecht – Kontrollrecht –
B. Pflichten <ul style="list-style-type: none"> – Beitragspflicht – Treuepflicht – Geschäftsführungspflicht 	B. Pflichten <ul style="list-style-type: none"> – Beitragspflicht – Treuepflicht –

Abb. 5: Mitgliedschaft

<p>§§ 705–740 BGB</p>	<p>Diese Vorschriften gelten</p> <ul style="list-style-type: none"> – unmittelbar für die GbR, – über § 105 Abs. 3 HGB für die OHG, soweit die §§ 105 ff. HGB nichts abweichendes regeln, – über § 161 Abs. 2 i. V. m. § 105 Abs. 3 HGB für die KG, soweit die §§ 161 ff. und die §§ 105 ff. HGB nichts abweichendes regeln.
<p>§§ 105–160 HGB</p>	<p>Diese Vorschriften gelten</p> <ul style="list-style-type: none"> – unmittelbar für die OHG und – über § 161 Abs. 2 HGB für die KG, soweit die §§ 161 ff. HGB nichts abweichendes regeln.
<p>§§ 161–177 a HGB</p>	<p>Diese Vorschriften gelten nur für die KG.</p>

Abb. 6: Die für Personengesellschaften geltenden Rechtsvorschriften

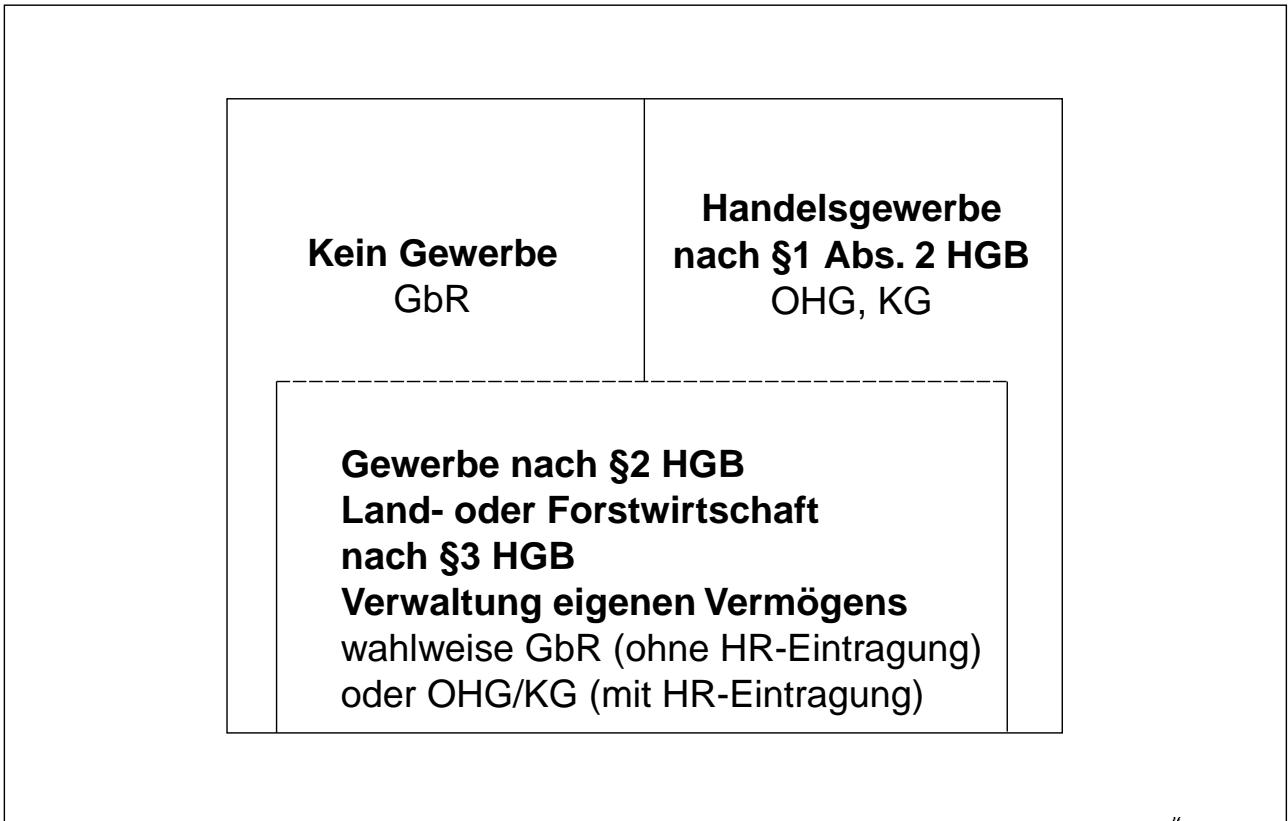


Abb. 7: Abgrenzung der BGB-Gesellschaft von den Handelsgesellschaften

Gemeinsame Merkmale		
OHG	KG	GbR
Gesellschaft im Sinne der Definition des § 705 BGB		
a) Zweck: – entweder Betrieb eines Handelsgewerbes gem. § 1 Abs. 2 HGB oder – Betrieb eines sonstigen Gewerbes (§ 2 HGB), eines Unternehmens der Land- oder Forstwirtschaft (§ 3 HGB) oder Verwaltung eigenen Vermögens (§ 105 Abs. 2 S. 1 HGB), sofern das Unternehmen unter seiner Firma in das Handelsregister eingetragen ist. b) Handelsgesellschaft und Kaufmann gem. § 6 Abs. 1 HGB		a) Zweck: Beliebig, sofern er nicht die Voraussetzungen für die OHG und KG erfüllt. b) Keine Handelsgesellschaft und kein Kaufmann
Unterschiede		
OHG	KG	GbR
Alle Gesellschafter haften unbeschränkt.	Mindestens ein Gesellschafter haftet beschränkt auf seine Einlage (Kommanditist) während mindestens ein weiterer Gesellschafter unbeschränkt haftet (Komplementär).	Grundsätzlich haften alle Gesellschafter unbeschränkt.

Abb. 8: Vergleich zwischen den Personengesellschaften

	BGB -Gesellschaft	OHG	KG
Innen- verhältnis	Vertrag	Vertrag	Vertrag
	Gemeinsamer Zweck, der nicht unter § 105 Abs. 1 und 2 HGB fällt	a) Gemeinsamer Zweck, der von § 105 Abs. 1 oder 2 HGB erfasst wird b) Unbeschränkte Haftung aller Gesellschafter	a) Gemeinsamer Zweck, der von § 105 Abs. 1 oder 2 erfasst wird b) Unbeschränkte Haftung mindestens eines Gesellschafters und auf die Einlage beschränkte Haftung mindestens eines weiteren Gesellschafters
	Förderpflicht (insbesondere Beitragsleistung)	Förderpflicht (insbesondere Beitragsleistung)	a) Förderpflicht (insbesondere Beitragsleistung) b) Besteht Beitragsleistung des Kommanditisten nicht in Geldleistung, muss die Haftsumme für Anmeldung zum HR beziffert werden
Außen- verhältnis	GbR wird mit Abschluss des Gesellschaftsvertrages auch im Außenverhältnis wirksam	OHG wird im Außenverhältnis erst wirksam, wenn die Voraussetzungen des § 123 Abs. 1 oder 2 HGB erfüllt sind	a) KG wird im Außenverhältnis erst wirksam, wenn die Voraussetzungen des § 123 Abs. 1 oder 2 HGB erfüllt sind b) Vor Eintragung in das HR haften die Kommanditisten unter den Voraussetzungen des § 176 Abs. 1 HGB unbeschränkt

Abb. 9: Gründung von BGB-Gesellschaft, OHG und KG im Vergleich

	Inhalt	Rechtsnatur
1. Verbot	Verfügungsverbot über den Anteil des einzelnen Gesellschafters am Gesellschaftsvermögen	Dispositiv
2. Verbot	Verfügungsverbot über den Anteil des Gesellschafters an einzelnen zum Gesellschaftsvermögen gehörenden Gegenständen	Zwingend
3. Verbot	Verbot, Teilung des Gesellschaftsvermögens zu verlangen	Zwingend
4. Verbot	Verbot der Aufrechnung mit einer Forderungen gegen einzelne Gesellschafter	Zwingend

Abb. 10: Gesamthänderische Bindung des Gesellschaftsvermögens

Urteil	GbR	OHG und KG
Gegen einzelne Gesellschafter	Privatvermögen des verurteilten Gesellschafters	Privatvermögen des verurteilten Gesellschafters
Gegen alle Gesellschafter	a) Privatvermögen der verurteilten Gesellschafter b) Gesellschaftsvermögen der GbR	a) Privatvermögen der verurteilten Gesellschafter b) –
Gegen die Gesellschaft	Nicht möglich	Gesellschaftsvermögen der OHG/KG

Abb. 11: Vollstreckung bei Personengesellschaften

	Prinzip	Grundlage
Grundsatz	Gesamtgeschäftsführungsbefugnis aller Gesellschafter nach dem Konsensprinzip	§ 709 Abs. 1 BGB
1. Erleichterung	Gesamtgeschäftsführungsbefugnis aller Gesellschafter nach dem Mehrheitsprinzip	§ 709 Abs. 2 BGB
2. Erleichterung	Gesamtgeschäftsführungsbefugnis mehrerer Gesellschafter	§ 710 BGB
3. Erleichterung	Einzelgeschäftsführungsbefugnis mit Widerspruchsrecht der anderen Gesellschafter	§§ 710, 711 BGB
4. Erleichterung	Einzelgeschäftsführungsbefugnis ohne Widerspruchsrecht der Gesellschafter	§ 710 BGB i. V. m. dem Gesellschaftsvertrag

Abb. 12: Geschäftsführungsbefugnis bei der BGB-Gesellschaft

	Prinzip	Grundlage
Grundsatz	Gesamtvertretungsbefugnis aller Gesellschafter	§§ 709, 714 BGB
1. Erleichterung	Gesamtvertretungsbefugnis mehrerer Gesellschafter	§§ 710, 714 BGB
2. Erleichterung	Einzelvertretungsbefugnis	§§ 710, 714 BGB

SCHÄFFER
POESCHEL

Abb. 13: Vertretungsbefugnis in der BGB-Gesellschaft

Gesetzliche Regelung	Vertragliche Regelung				
Einzelgeschäftsführung aller mit Widerspruchsrecht geschäftsführungsbefugter Gesellschafter	Einzelgeschäftsführung aller ohne Widerspruchsrecht				
	<table border="1" style="width: 100%; text-align: center;"> <tr> <td colspan="2">Einzelgeschäftsführung mehrerer</td> </tr> <tr> <td>mit Widerspruchsrecht</td> <td>ohne Widerspruchsrecht</td> </tr> </table>	Einzelgeschäftsführung mehrerer		mit Widerspruchsrecht	ohne Widerspruchsrecht
	Einzelgeschäftsführung mehrerer				
	mit Widerspruchsrecht	ohne Widerspruchsrecht			
Gesamtgeschäftsführung mehrerer					
Gesamtgeschäftsführung aller					

Abb. 14: Geschäftsführungsbefugnis bei der OHG

	Prinzip	Grundlage
Grundsatz	Einzelvertretungsbefugnis aller Gesellschafter	§ 125 Abs. 1 HGB
1. Abweichung	Ausschluss einzelner Gesellschafter	§ 125 Abs. 1 HGB
2. Abweichung	Echte Gesamtvertretung aller oder mehrerer Gesellschafter	§ 125 Abs. 2 HGB
3. Abweichung	Unechte Gesamtvertretung	§ 125 Abs. 3 HGB
Abweichungen vom Grundsatz sind gem. § 125 Abs. 4 HGB eintragungspflichtig		

Abb. 15: Vertretungsbefugnis bei der OHG

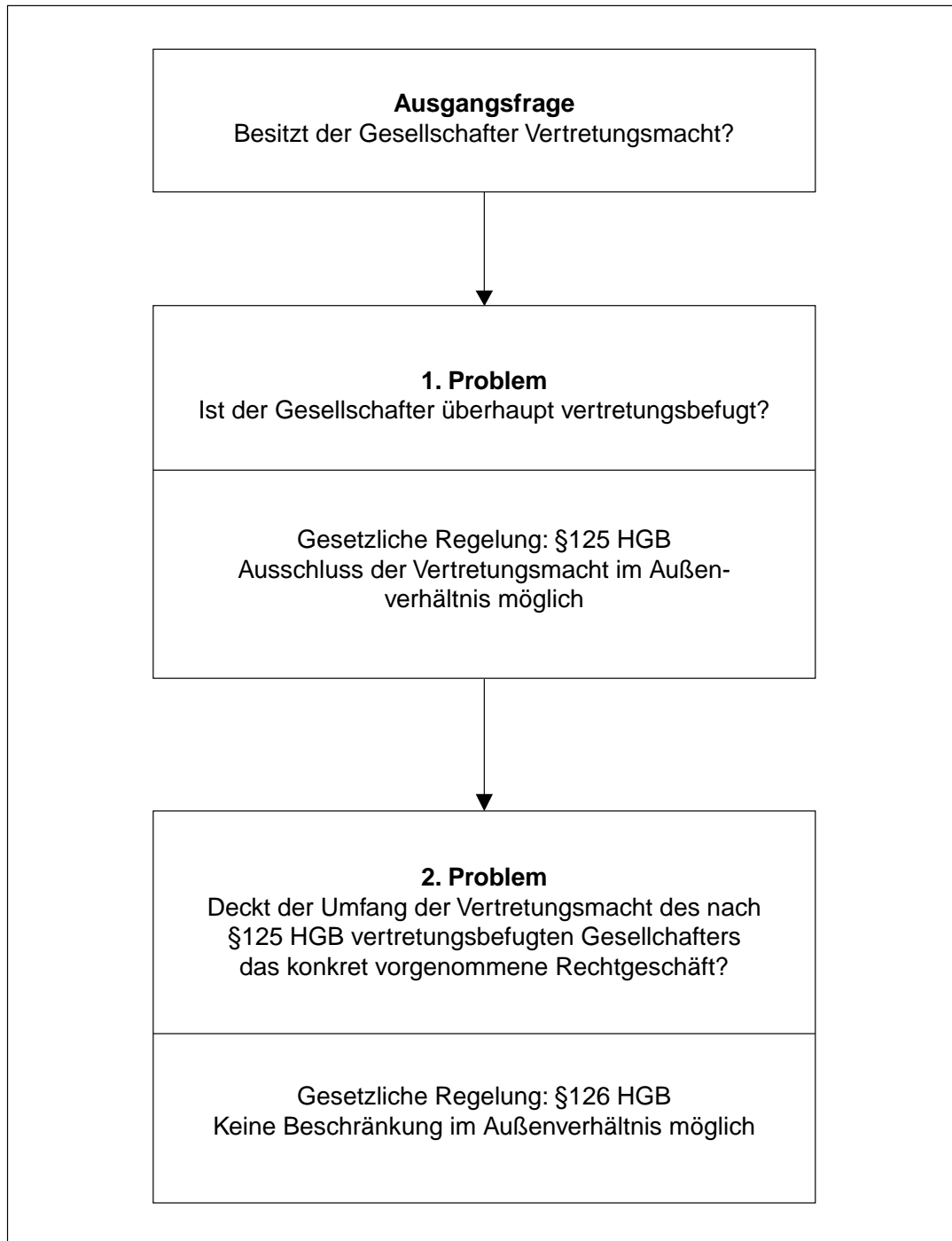


Abb. 16: Stellvertretung für die OHG

Haftungsgrund	Handelnder Gesellschafter	Übrige Gesellschafter	Gesamthand
Vertragliche Erfüllungsansprüche	Eigengeschäft	§§ 164, 714 BGB	§§ 164, 714 BGB
Vertragliche Schadensersatzansprüche	Schuldhaftes Eigenhandlung	§ 278 BGB oder Inhalt des Schuldverhältnisses	§ 278 BGB
Deliktische Schadensersatzansprüche	Schuldhaftes Eigenhandlung	Keine Haftung	Keine Haftung
Leistungskondiktion	–	§ 812 Abs. 1 S. 1 1. Alt. BGB bei Zusammenhang mit Vertragsbeziehungen	§ 812 Abs. 1 S. 1 1. Alt. BGB
Eingriffskondiktion	–	–	§ 812 Abs. 1 S. 1 2. Alt. BGB

Abb. 17: Gesamthands- und Gesellschafterhaftung gegenüber Dritten

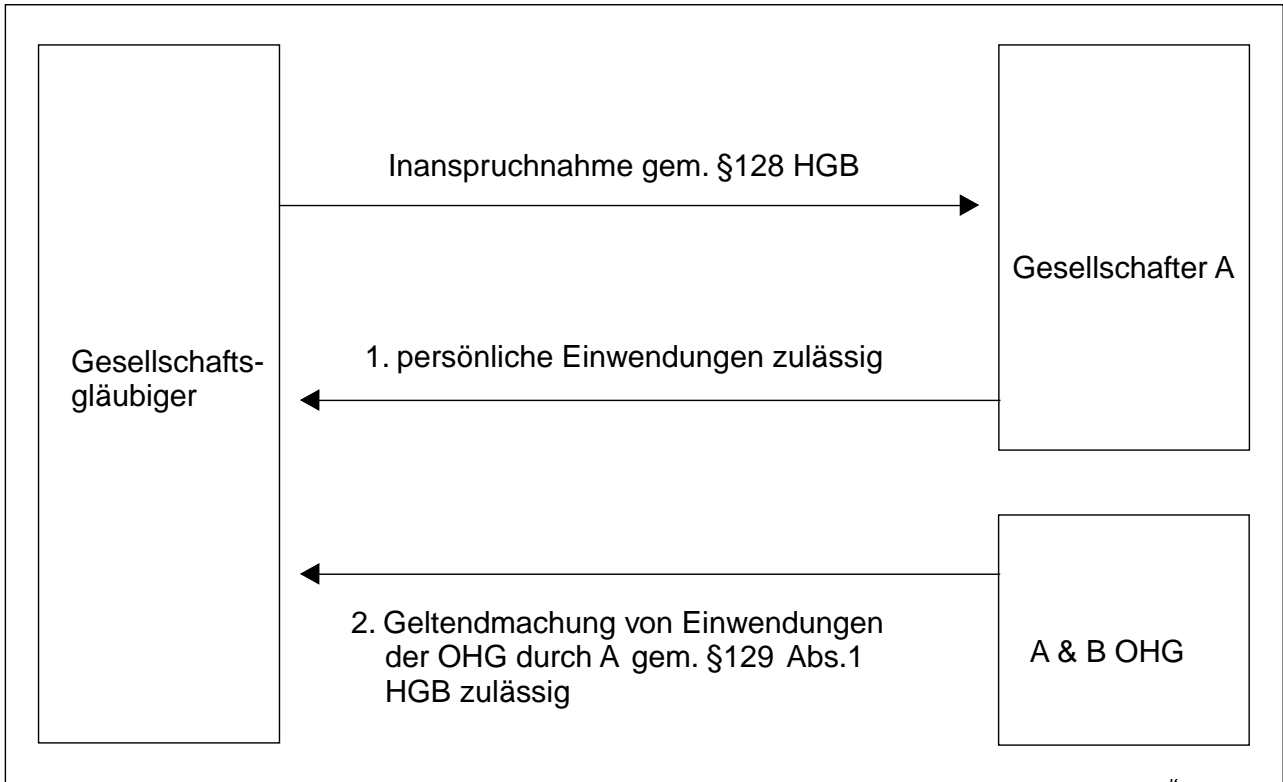


Abb. 18: Einwendungen des Gesellschafters bei Haftung mit dem Privatvermögen

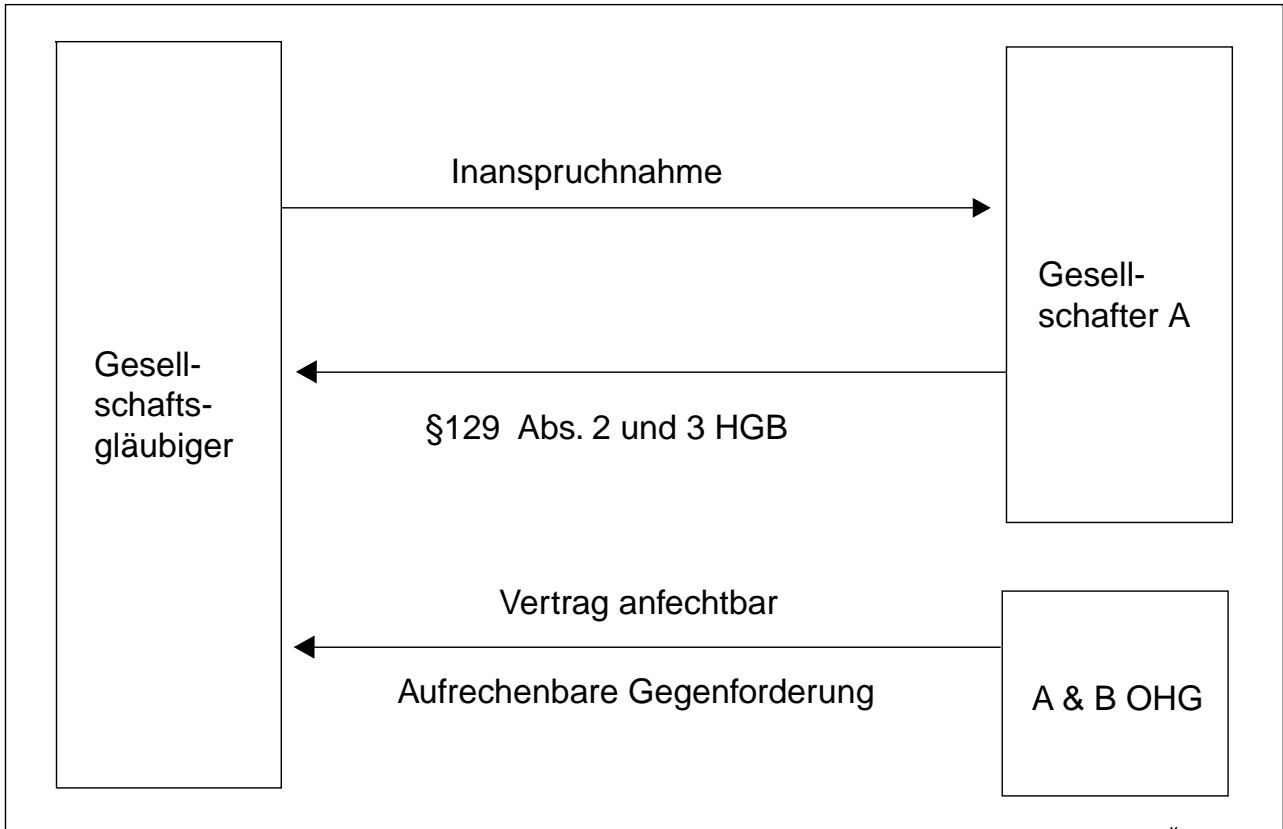


Abb. 19: Leistungsverweigerungsrechte der Gesellschafter nach § 129 Abs. 2 und 3 HGB

	Laufende Geschäftsführung	Grundlagenbeschlüsse
Beteiligte	Geschäftsführungsbefugte Gesellschafter (wenn nicht von der Mitwirkung ausgeschlossen)	Alle Gesellschafter (wenn nicht von der Mitwirkung ausgeschlossen)
Erforderliche Mehrheit	Einstimmigkeit (§ 709 Abs. 1 BGB) oder Mehrheitsbeschluss (§ 709 Abs. 2 BGB)	Grundsätzlich Einstimmigkeit (Ausnahme: Wenn im Gesellschaftsvertrag zugelassen und diese Zulassung dem Bestimmtheitsgrundsatz genügt)

Abb. 20: Beschlüsse in der BGB-Gesellschaft

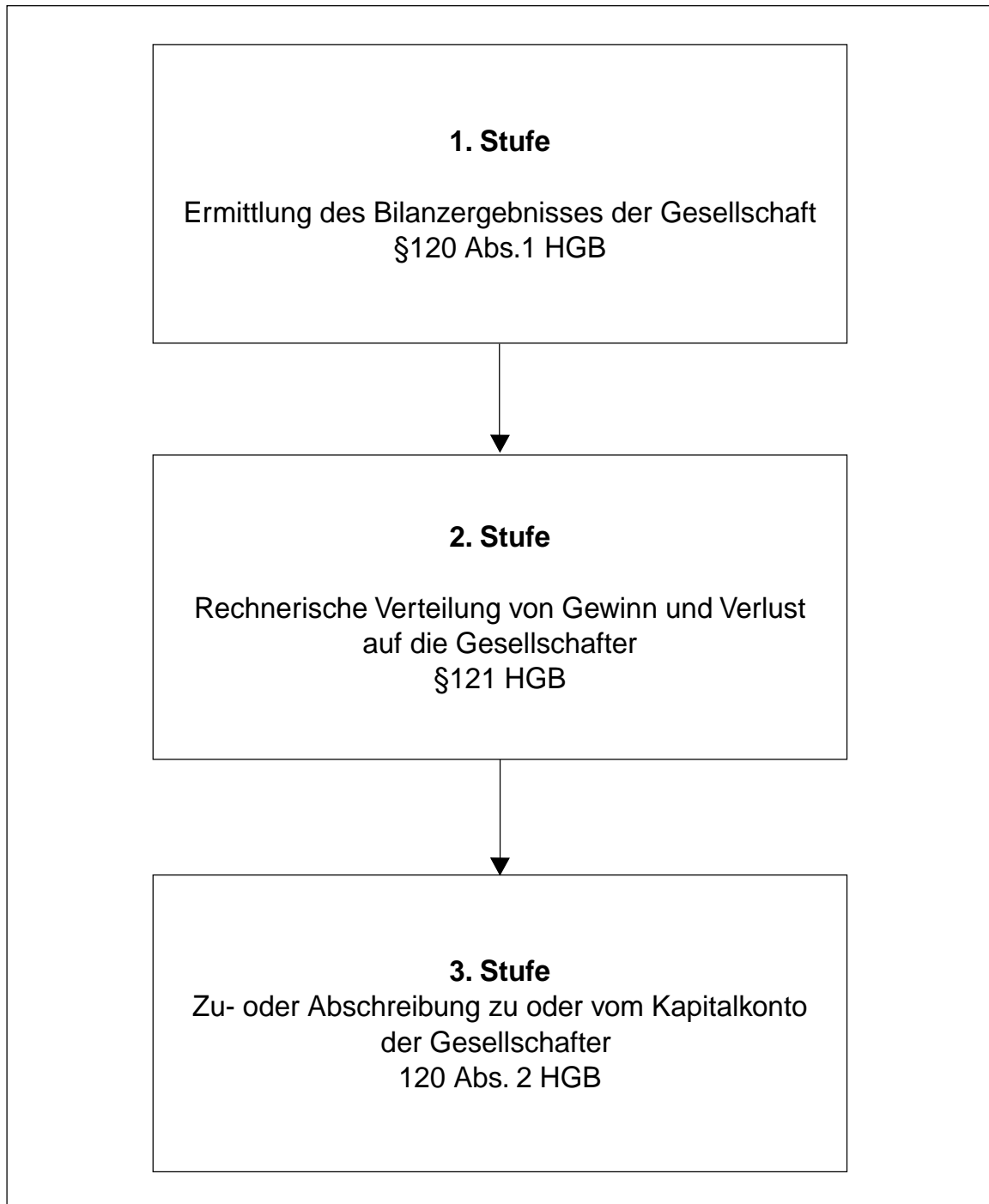


Abb. 21: Gewinn- und Verlustverteilung in der OHG

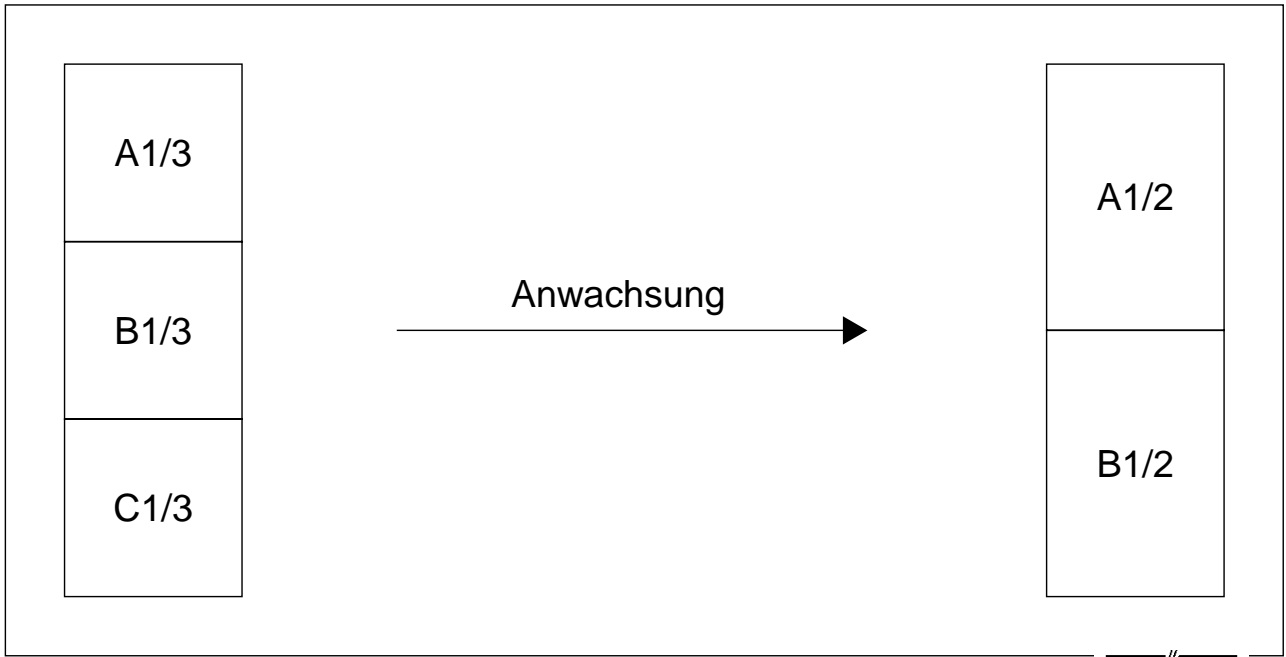


Abb. 22: Anwachsung des Gesellschaftsanteils eines ausscheidenden Gesellschafters

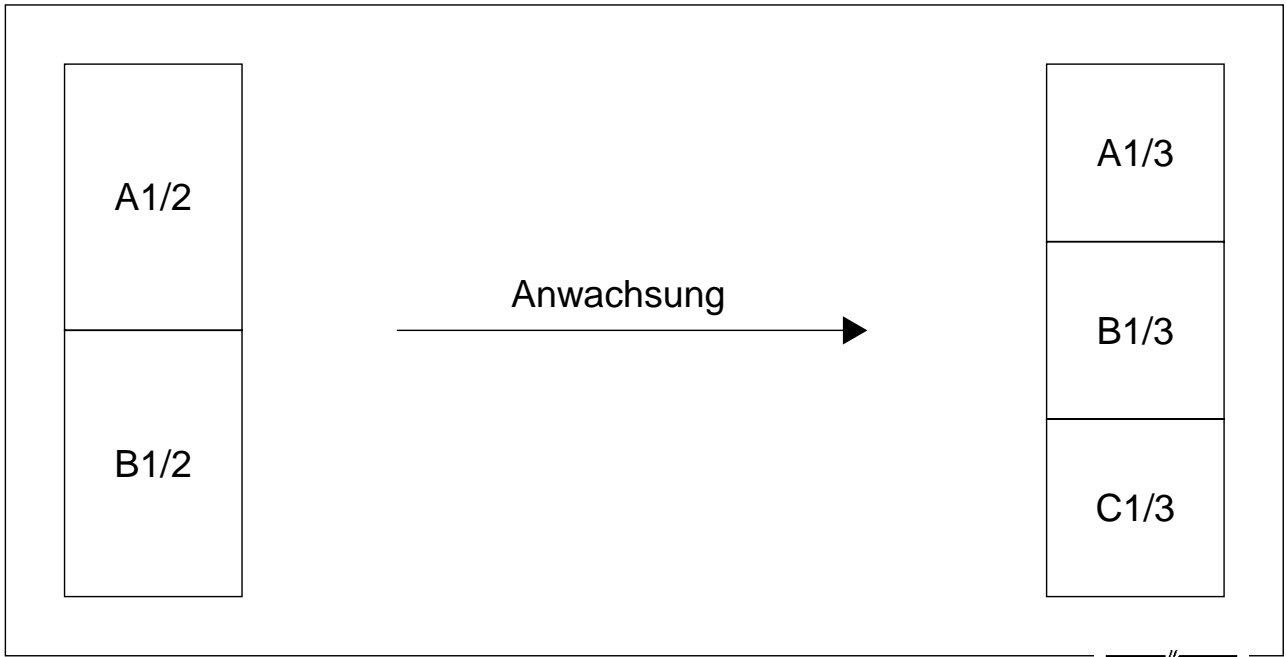


Abb. 23: Anwachsung des Gesellschaftsanteils bei einem eintretenden Gesellschafter

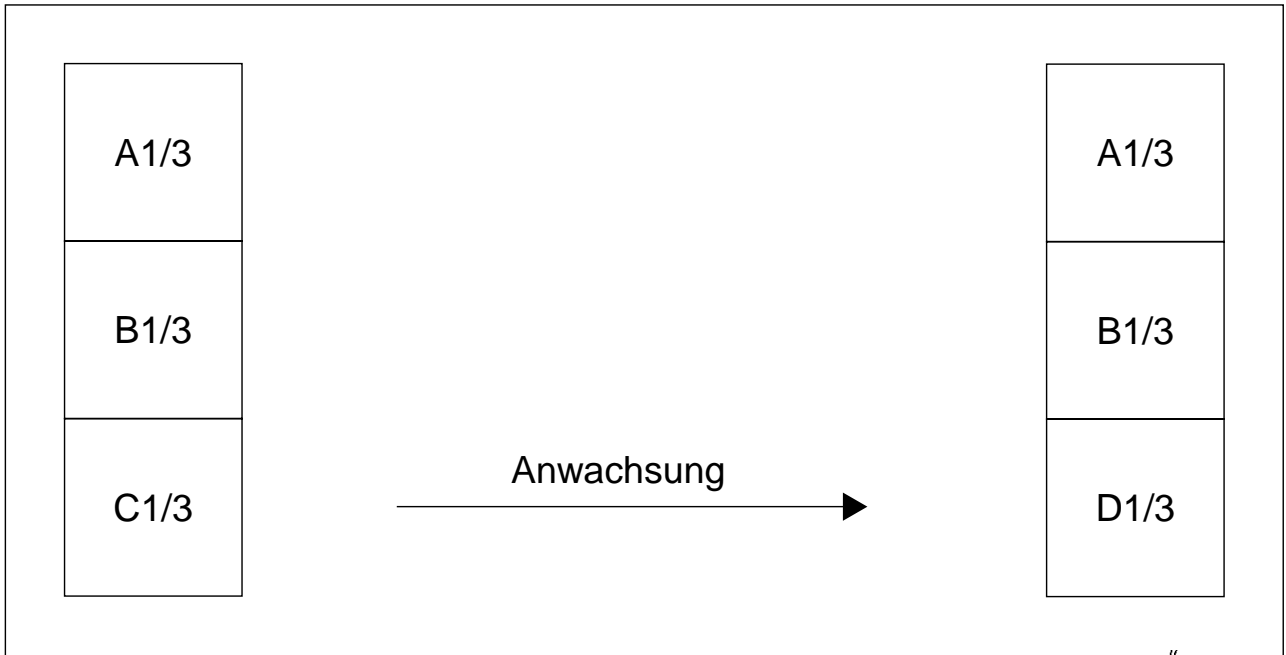


Abb. 24: Ab- und Anwachsung des Gesellschaftsanteils bei einem Gesellschafterwechsel

	Gesellschafteraustritt	Gesellschaftereintritt
Gesamthandsverbindlichkeiten	Haftung des austretenden Gesellschafters für bestehende Gesamthandsverbindlichkeiten	Haftung des eintretenden Gesellschafters für bestehende Gesamthandsverbindlichkeiten
Gesellschafterverbindlichkeiten	Haftung des austretenden Gesellschafters für bestehende Gesellschafterverbindlichkeiten	Haftung des eintretenden Gesellschafters für bestehende Gesellschafterverbindlichkeiten

Abb. 25: Denkbare Haftungskonstellationen bei Änderungen im Personenbestand der BGB-Gesellschaft

§§ 230–236 HGB	Diese Vorschriften gelten nur für die stille Gesellschaft
Handelsgesellschaftsrecht	Diese Vorschriften gelten für die stille Gesellschaft nur, soweit in den §§ 230 ff. HGB ausdrücklich auf die §§ 105 ff. HGB verwiesen wird
Recht der GbR	Die §§ 705 ff. BGB gelten für die stille Gesellschaft, soweit in ihnen das Innenverhältnis der Gesellschafter untereinander geregelt ist

**SCHÄFFER
POESCHEL**

Abb. 26: Die für die stille Gesellschaft geltenden
Rechtsvorschriften

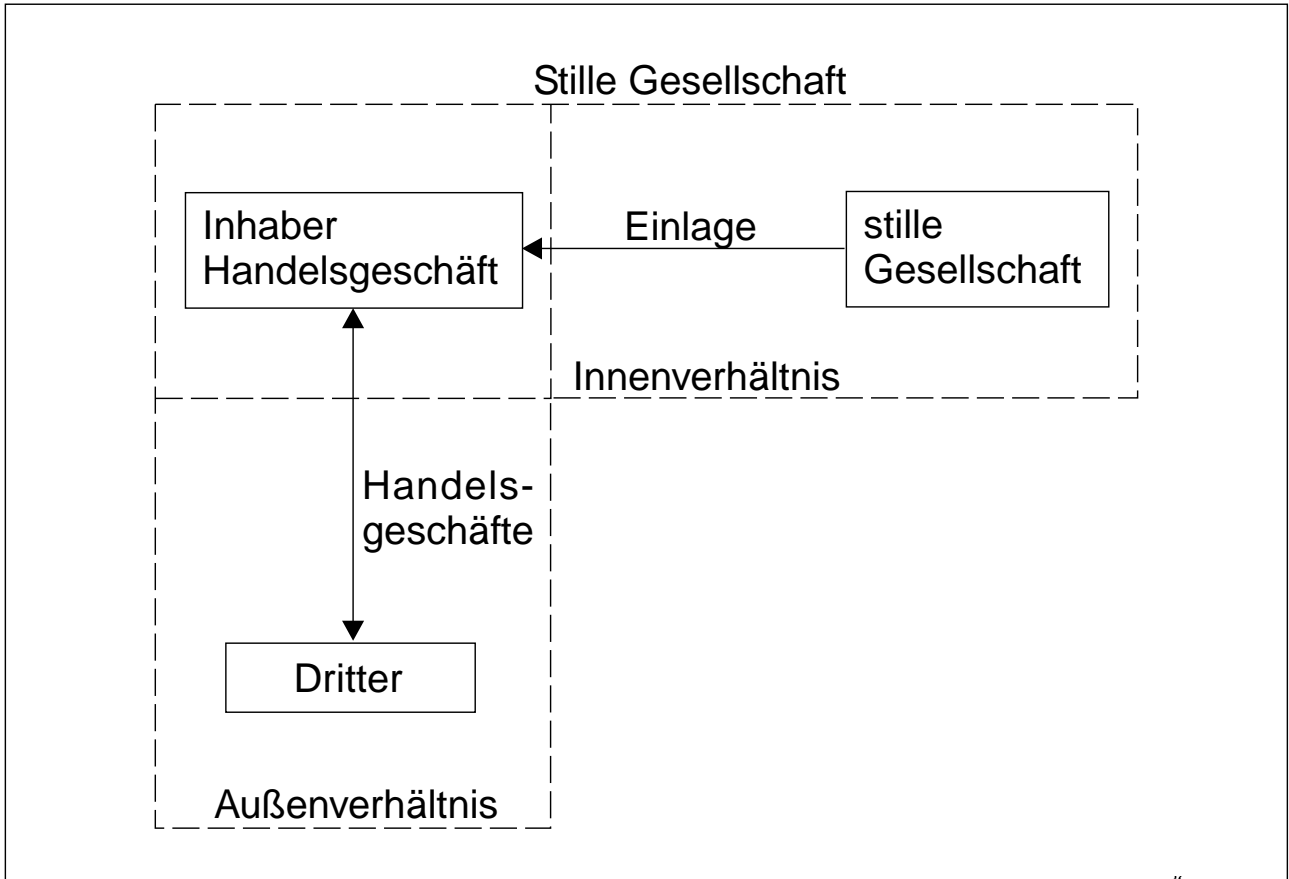


Abb. 27: Die stille Gesellschaft

PartGG	Diese Regelungen gelten speziell für die Partnerschaftsgesellschaft.
Recht der OHG	Die entsprechenden Bestimmungen gelten, soweit in den §§ 1 ff. PartGG ausdrücklich auf Vorschriften aus dem Recht der OHG verwiesen wird.
Recht der GbR	Die §§ 705 ff. BGB gelten, soweit das PartGG keine Regelungen enthält und auch nicht auf das Recht der OHG verweist.

Abb. 28: Für Partnerschaftsgesellschaften geltende Rechtsvorschriften

<ul style="list-style-type: none"> • Art. 1–43 EWIV-VO • §§ 1–18 EWIV-Ausführungsgesetz 	<p>Diese Vorschriften gelten speziell für die EWIV.</p>
<p>§§ 105–160 HGB</p>	<p>Diese Regelungen gelten gem. § 1 EWIV-Ausführungsgesetz einschließlich der Weiterverweisung des § 105 Abs. 3 HGB auf die §§ 705 ff. BGB für die EWIV, soweit weder die EWIV-VO noch das EWIV-Ausführungsgesetz spezielle Regelungen enthalten</p>

Abb. 29: Die für die EWIV geltenden Rechtsvorschriften

	Vorgründungs-Gesellschaft	Vor-GmbH	GmbH
Beginn	Vertragliche Vereinbarungen über die Gründung einer GmbH	Errichtung der GmbH durch Abschluss des notariellen Gesellschaftsvertrages gem. § 2 GmbHG	Eintragung der GmbH in das HR, § 11 Abs. 1 GmbHG
Ende	Errichtung der GmbH durch Abschluss des notariellen Gesellschaftsvertrages gemäß § 2 GmbHG	Eintragung der GmbH in das HR, § 11 Abs. 1 GmbHG	Löschung der GmbH im HR mit Schluss der Liquidation, § 74 Abs. 1 GmbHG
Wesen	Grundsätzlich GbR mit dem Zweck, GmbH zu errichten Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen OHG (§§ 1 Abs. 2, 105 Abs. 1, 123 Abs. 2 HGB)	Gesamthänderische Personenvereinigung eigener Art, die einem Sonderrecht untersteht, das sich aus dem Recht der GmbH ergibt, soweit dies nicht die Eintragung voraussetzt.	Juristische Person, § 13 Abs. 1 und 2 GmbHG
Kontinuität	Kein automatischer Übergang der Aktiva und Passiva auf die Vor-GmbH	Automatischer Übergang der Aktiva und Passiva der Vor-GmbH auf die GmbH	

Abb. 30: Entstehungsvorgang der GmbH

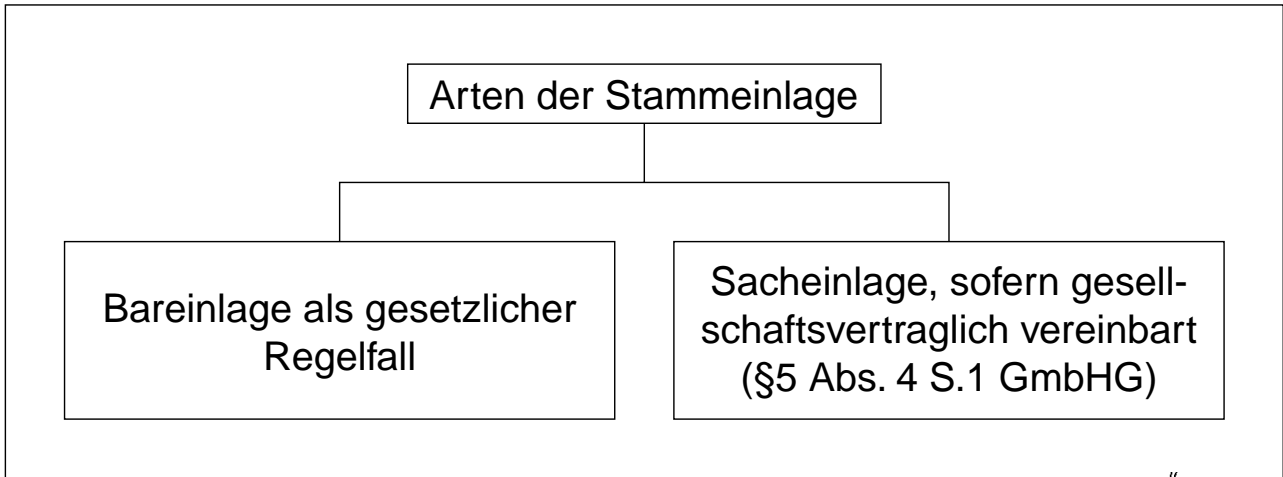


Abb. 31: Arten der Stammeinlage

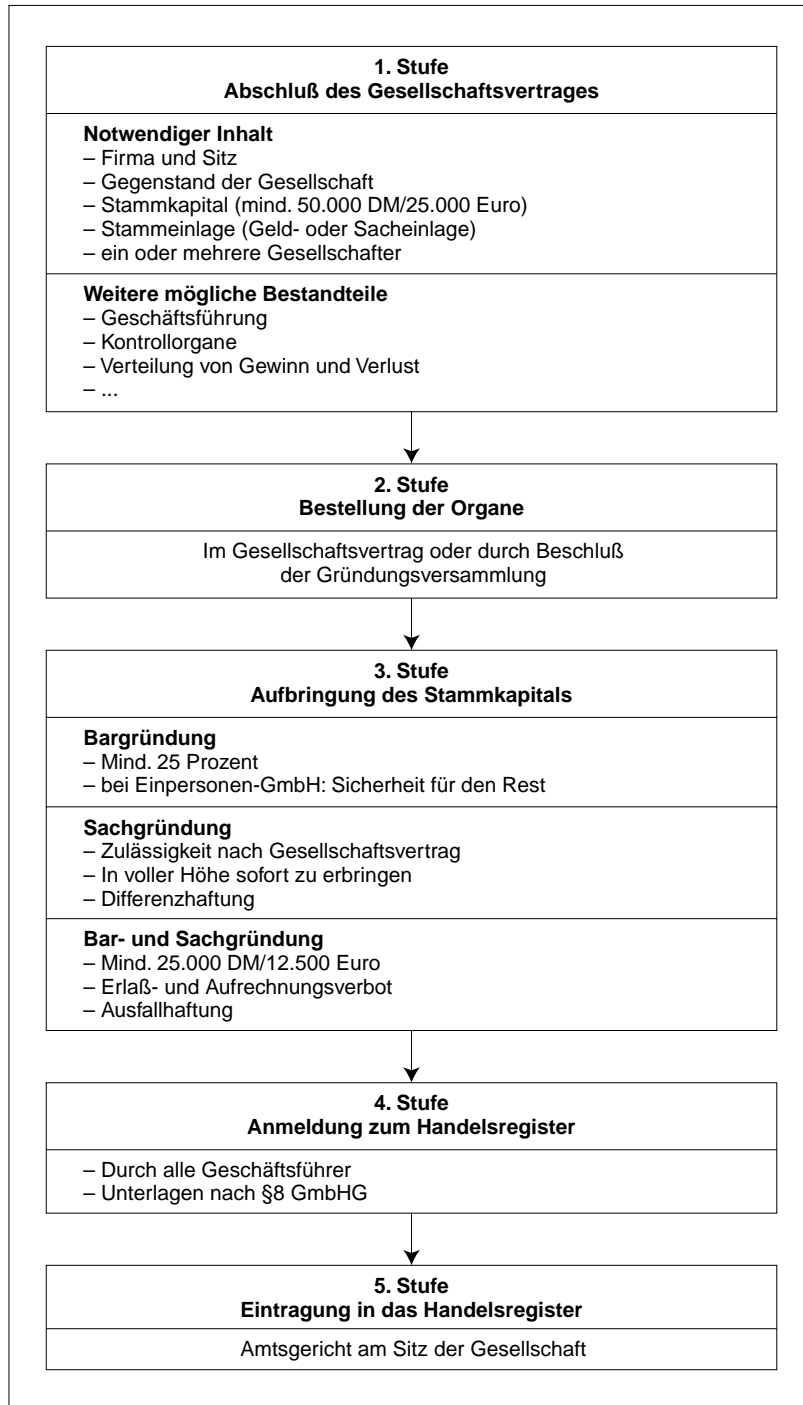


Abb. 32: Die Gründung der GmbH

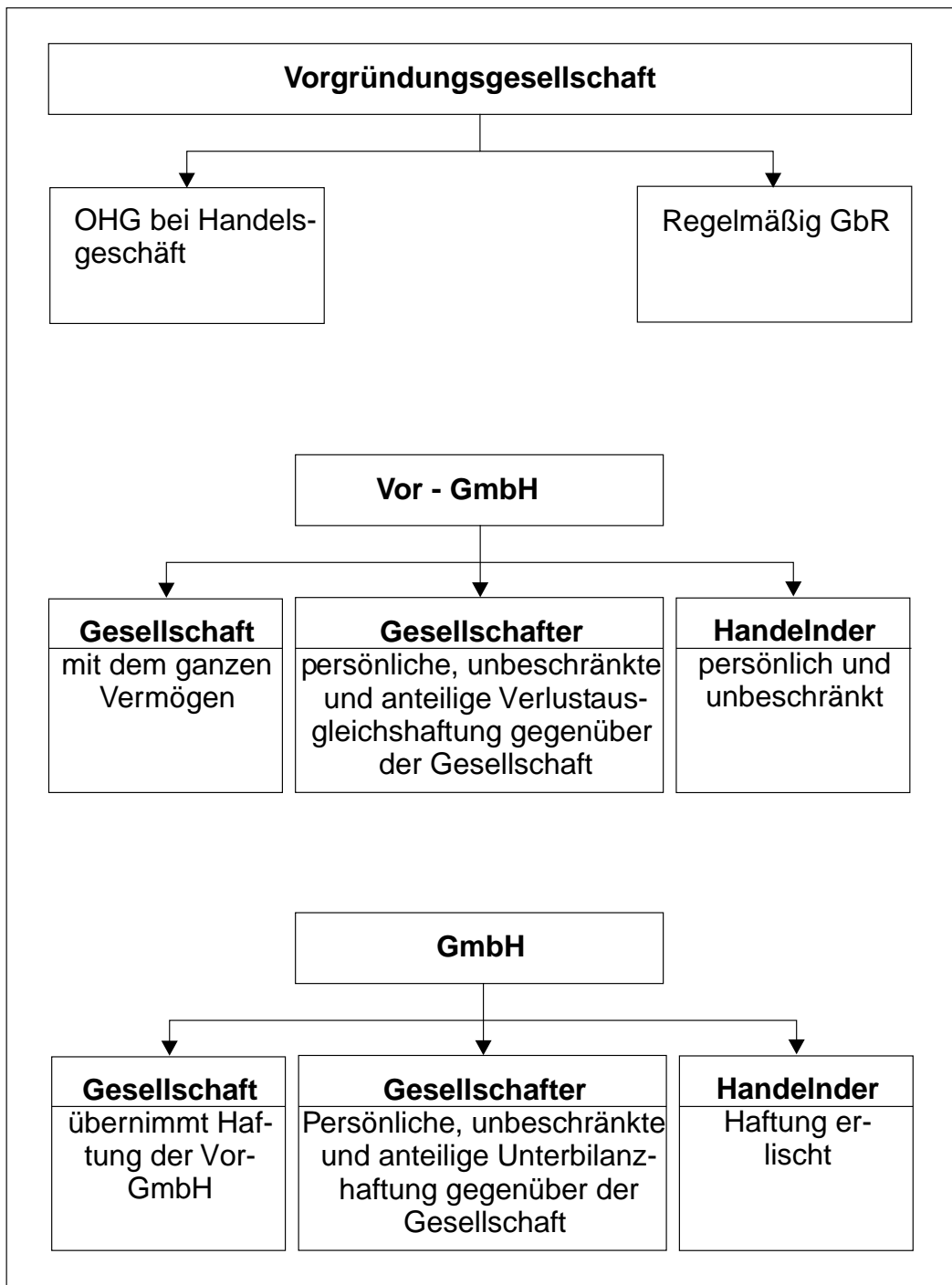


Abb. 33: Haftung im Gründungsstadium der GmbH

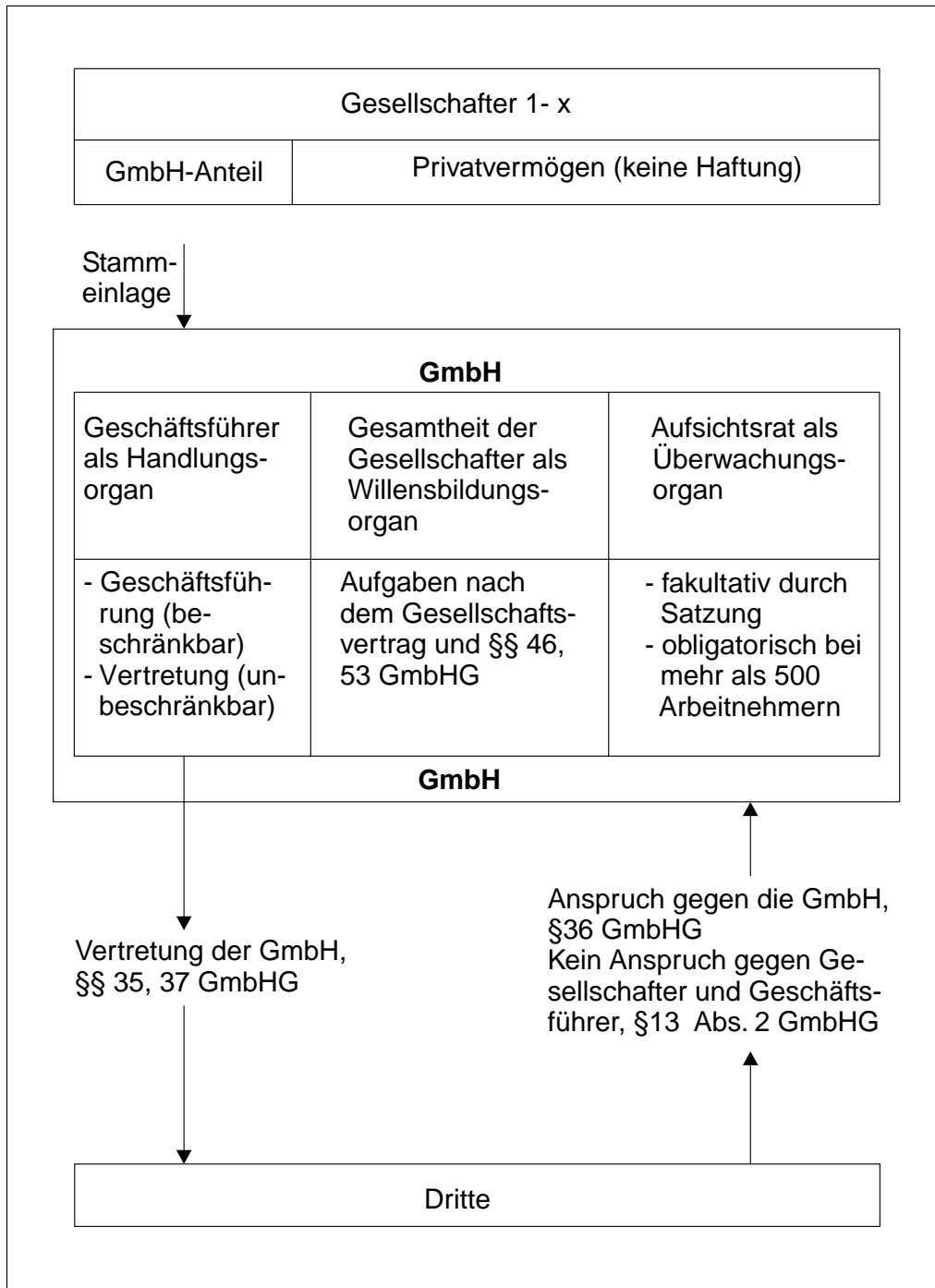


Abb. 34: Die Organisation der GmbH

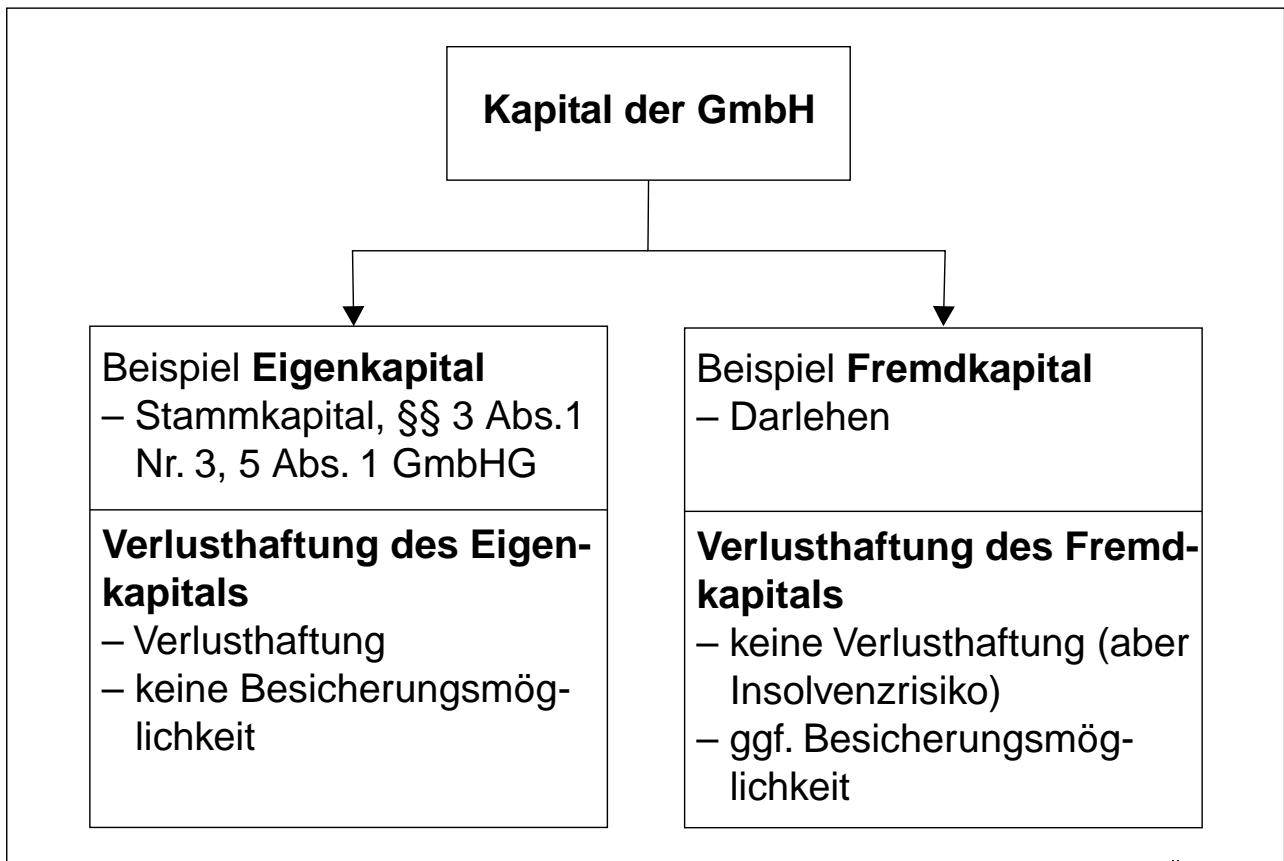


Abb. 35: Eigen- und Fremdkapital in der GmbH

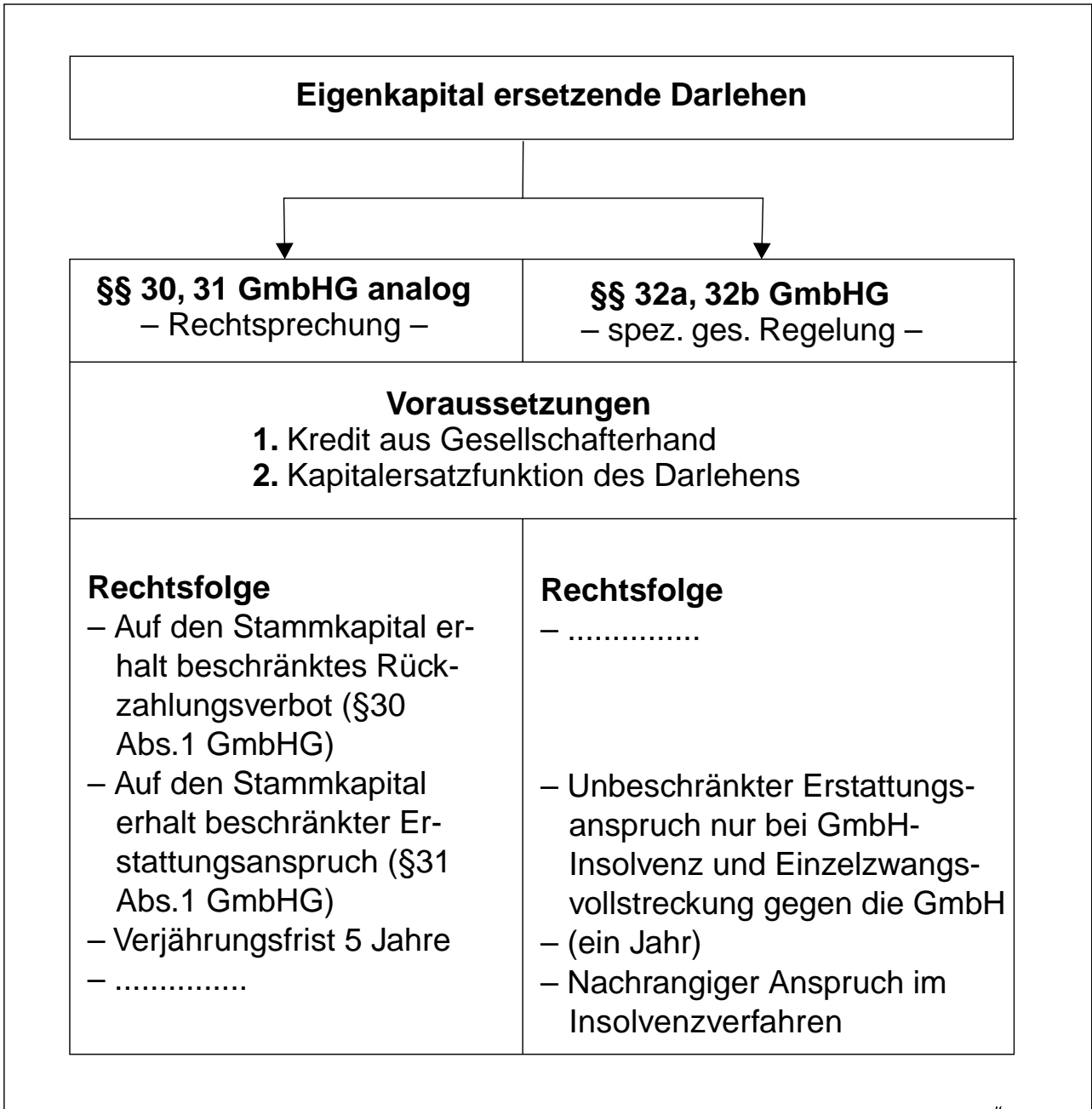
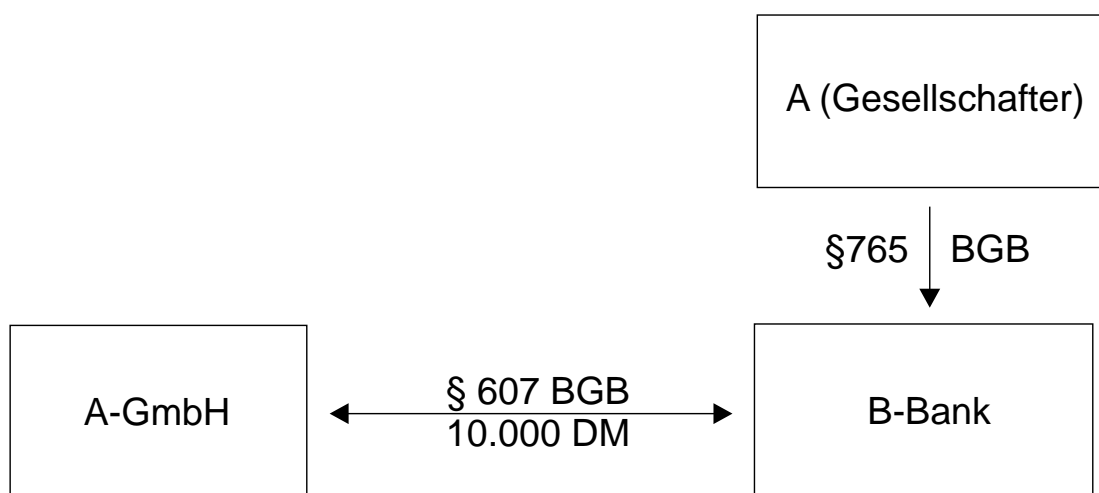


Abb. 36: Eigenkapitalersetzende Darlehen



Kann A (Gesellschafter) im Falle der Insolvenz der Gesellschaft nur 5000 DM zurückzahlen, so kann die B-Bank:

Nach allgemeinen Regeln
(§ 43 InsO)

> im Insolvenzverfahren der GmbH den vollen Betrag von 10.000 DM geltend machen.

Beispiel: Insolvenzquote 10%
Schuld: 10.000 DM
Von A: 5.000 DM
Von A-GmbH: 1.000 DM
Ausfall: 4.000 DM

Nach § 32a Abs. 2 GmbHG

> im Insolvenzverfahren der GmbH nur einen Betrag von 5.000 DM geltend machen.

Beispiel: Insolvenzquote 10%
Schuld: 10.000 DM
Von A: 5.000 DM
Von A-GmbH: 500 DM
Ausfall: 4.500 DM

Abb. 37: Drittsprüche nach § 32 a Abs. 2 GmbHG

	KG	Komplementär-GmbH	Kommanditist
<ul style="list-style-type: none"> – (Vor-) GmbH entstanden – KG mangels Eintragung (§§ 123 Abs. 2, 105 Abs. 2 HGB) noch nicht entstanden 	<p>–</p> <p>(vgl. § 123 HGB, aber Gesamthandsschuld der GbR)</p>	GbR-Gesellschafterschuld	Nicht § 171 Abs. 1, 176 Abs. 1 S. 1 HGB (vgl. § 176 Abs. 1 S. 2 HGB), aber auf den Betrag der KG-Einlage begrenzte GbR-Gesellschafterschuld
<ul style="list-style-type: none"> – (Vor-) GmbH entstanden – KG trotz fehlender Eintragung (§§ 123 Abs. 2, 1 Abs. 2 HGB) entstanden 	§§ 162 Abs. 2, 124 Abs. 1 HGB	§§ 162 Abs. 2, 124 Abs. 1 HGB	§ 171 Abs. 1 HGB, nicht § 176 Abs. 1 S. 1 HGB
<ul style="list-style-type: none"> – (Vor-) GmbH entstanden – KG aufgrund Eintragung (§ 123 Abs. 1 HGB) entstanden 	§§ 162 Abs. 2, 124 Abs. 1 HGB	§§ 128, 162 Abs. 2 HGB	§ 171 Abs. 1 HGB

Abb. 38: Haftung in der Gründungsphase der GmbH & Co. KG

Einteilungskriterien	Bezeichnung	Merkmale
Wertpapierrechtliche Übertragbarkeit	Inhaberaktie (Normalfall)	<ul style="list-style-type: none"> – Inhaberpapier – auf den Inhaber lautend – Übertragung gem. §§ 929 ff. BGB
	Namensaktie	<ul style="list-style-type: none"> – Orderpapier – auf Namen lautend – Übertragung durch Einigung, Übergabe und Indossament
	vinkulierte Namensaktie	<ul style="list-style-type: none"> – Orderpapier – auf Namen lautend – Übertragung durch Einigung, Übergabe und Indossament mit Zustimmung der Gesellschaft
Rechte des Aktionärs	Stammaktie (Normalfall)	Keine Sonderrechte
	Vorzugsaktie	<ul style="list-style-type: none"> – Besondere Rechte, namentlich auf Vorzugsdividende – Bei Nachzahlungspflicht Stimmrechtsausschluss möglich

Abb. 39: Einteilung der Aktien

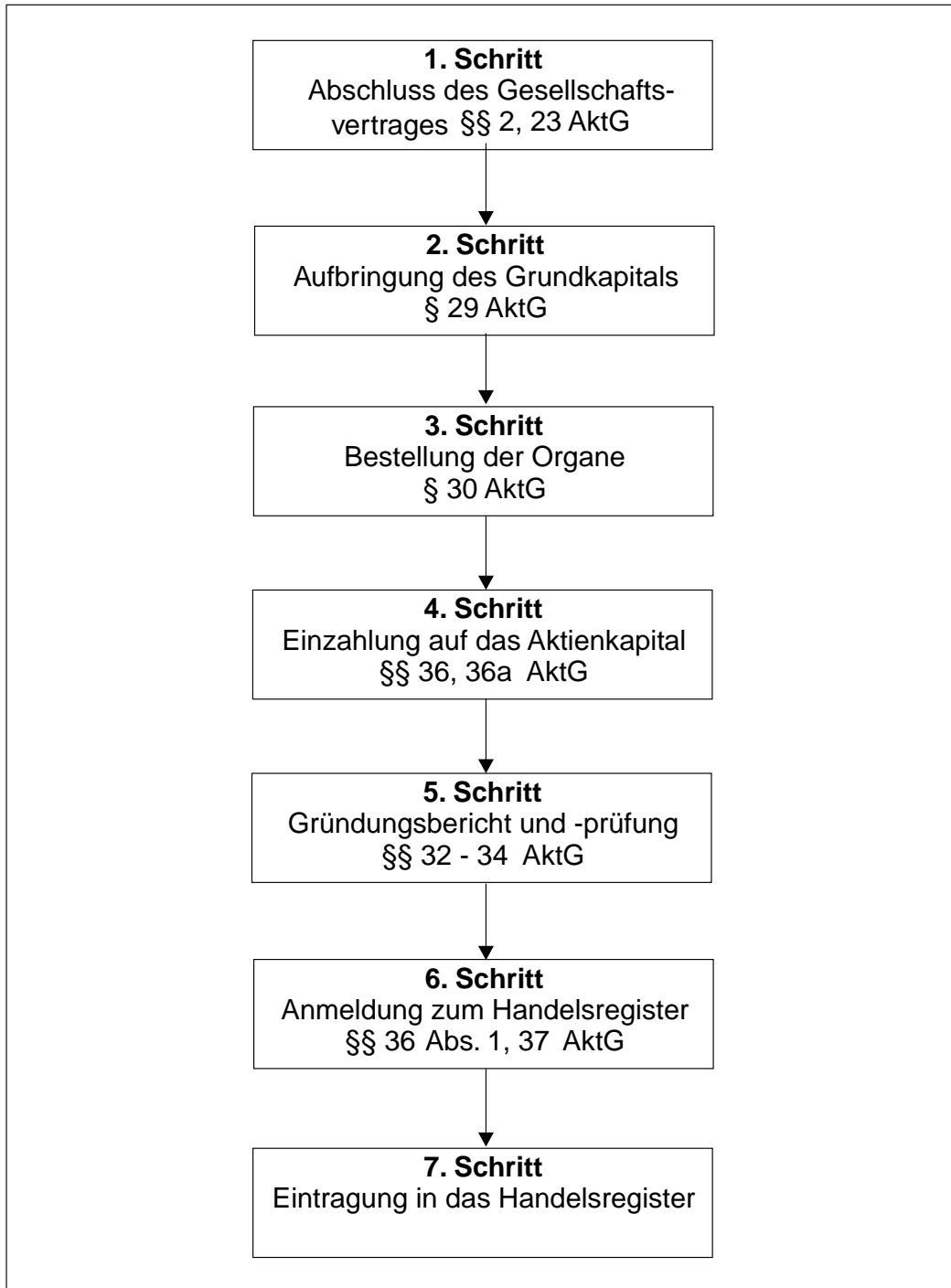


Abb. 40: Die einfache Gründung

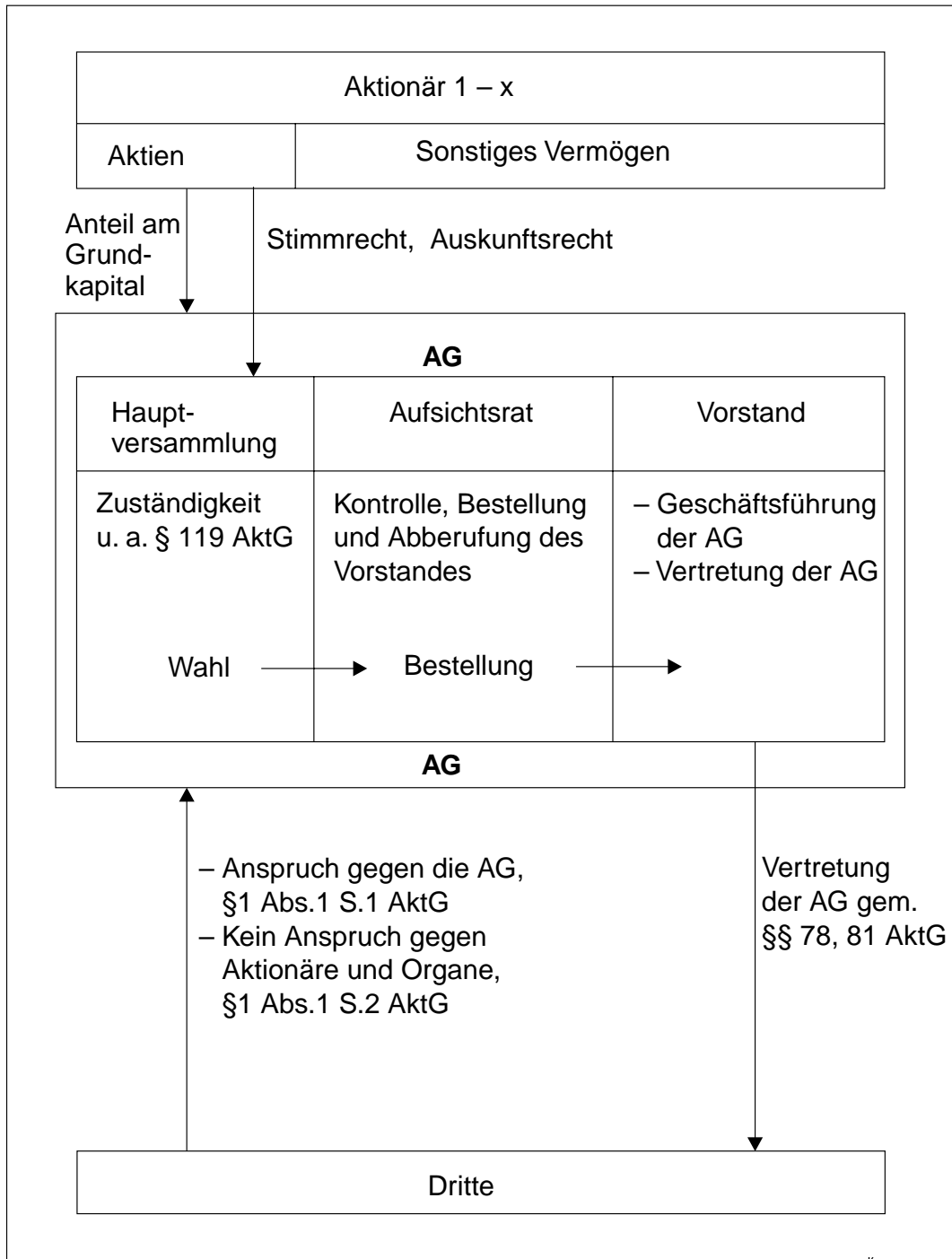


Abb. 41: Die Organisation der AG (ohne Mitbestimmung)